

Düsseldorf, 9. Dezember 2004



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Landesbezirk  
Nordrhein-Westfalen

## **Öffentlicher Dienst: Tarifkommission will Nachfrist bis Ende Januar „Arbeitgeber verzögern Verhandlungen“**

Die erweiterte Tarifkommission der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Nordrhein-Westfalen hat der Bundestarifkommission soeben empfohlen, eine Nachfrist für die Kündigung der Tarifverträge mit den Kommunalen Arbeitgebern und dem Bund zu setzen. Falls bis Ende Januar 2005 das neue Tarifrecht für den öffentlichen Dienst in seinen Kernbereichen nicht ausverhandelt ist, soll der Tarifvertrag zum 28. Februar 2005 gekündigt werden.

Der Arbeitgeberseite wurde vorgeworfen, die Verhandlungen zu verzögern, um finanzielle Vorteile zu erreichen. Die Tabelle, sonstige Entgeltbestandteile, die Entgeltfortzahlung und das Weihnachtsgeld müssten schnellstens zu einem Ergebnis gebracht werden, hieß es bei der Tagung der erweiterten Tarifkommission der Gewerkschaft in Düsseldorf.

Um den Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung zu wahren, bezifferte die Gewerkschaft das Forderungsvolumen für die kommende Tarifrunde mit 2,5 Prozent. Dabei erklärte die Tarifkommission ihre Bereitschaft, nachweisbare Verbesserungen durch den neuen Manteltarifvertrag für den öffentlichen Dienst anrechnen zu lassen.

Zudem fordert die nordrhein-westfälische Tarifkommission, zusätzliche Ausbildungsplätze tarifvertraglich zu vereinbaren.

Die endgültige Entscheidung über die Tarifforderung trifft die Bundestarifkommission am 16. Dezember in Berlin.

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.:  
Günter Isemeyer / Jörg Verstegen  
Pressesprecher ver.di NRW  
Telefon: (02 11) 61 824-110/113/114  
Telefax: (02 11) 61 824-460

Günter Isemeyer  
mobil: 0175 / 93 30 300

Jörg Verstegen  
mobil: 0170 / 45 42 151

Karlstraße 123-127  
40210 Düsseldorf

Email:  
pressestelle.nrw@verdi.de